

Das argentinische Hegemonieprojekt „K“: Von Erfolg zu Erfolg

Klaus Bodemer

Bei den Präsidentschaftswahlen und der zeitgleichen Teilerneuerung des Kongresses haben Amtsinhaberin Cristina Fernández de Kirchner und ihre peronistische Fraktion „Front für den Sieg“ (*Frente para la Victoria*) am 23. Oktober 2011 in Argentinien einen historischen Sieg errungen, der einem Erdbeben gleichkommt.

Analyse

Mit Präsidentin Fernández hat es nach Juan Domingo Perón und Carlos Menem zum dritten Mal ein argentinisches Staatsoberhaupt geschafft, für zwei aufeinander folgende Amtszeiten gewählt zu werden. In historischer Perspektive kommt dieser erneute Sieg des Peronismus keineswegs überraschend, sondern bestätigt vielmehr einen erkennbaren Trend.

- Erwartungsgemäß gewann Cristina Fernández das Rennen um die Präsidentschaft, obwohl der Stimmenanteil von fast 54 Prozent unerwartet hoch ausfiel. Zugleich eroberte ihre Fraktion die Mehrheit in beiden Parlamentskammern sowie in 20 der 24 Gliedstaaten. Von ihren sechs Konkurrenten erzielte keiner über 20 Prozent.
- Bereits aus den erstmals abgehaltenen allgemeinen Vorwahlen am 14. August 2011 war die seit Dezember 2007 amtierende Präsidentin mit der Hälfte der abgegebenen Stimmen als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Damit waren die Weichen für die eigentlichen Präsidentschaftswahlen bereits entscheidend gestellt. Entsprechend spannungsarm verlief der Wahlkampf.
- Verantwortlich für den Sieg von Fernández sind neben der guten wirtschaftlichen Konjunktur und einer aktiven Sozial- und Menschenrechtspolitik insbesondere die hohe Popularität der Präsidentin, eine zutiefst gespaltene Opposition und ein Wahlrecht, das den Amtsinhaber und die etablierten Parteien favorisiert.
- Angesichts erster Anzeichen einer wirtschaftlichen Eintrübung, verschlechterter externer Rahmenbedingungen, struktureller Schwächen des argentinischen Entwicklungsweges und der desaströsen Situation der Opposition ist es jedoch eine offene Frage, ob – einem alten Sprichwort folgend – „das Brot von heute nicht der Hunger von morgen ist“.

Schlagwörter: Argentinien, Wahlen, Peronismus, Parteien

Am 23. Oktober 2011 gab die überwältigende Mehrheit der Argentinier ein eindeutiges Votum für Kontinuität ab. Mit knapp 54 Prozent der Stimmen gelang dem peronistischen Flügel „Front für den Sieg“ (Frente para la Victoria, FpV) unter der Führung der gegenwärtigen Staatspräsidentin Cristina Fernández de Kirchner ein dritter Sieg in Folge (der zweite für Fernández) – ein in der Geschichte des nach-autoritären Argentinien einmaliger Vorgang. Eine direkte Wiederwahl war vordem nur Juan Domingo Perón (1945-1955) und Carlos Menem (1989-1999) geglückt. Darüber hinaus war nie zuvor der Abstand zum Zweitplatzierten so groß. Die knapp 29 Millionen Wahlberechtigten waren parallel aufgerufen, die Hälfte der Parlamentsabgeordneten und ein Drittel der Mitglieder des Senats zu wählen, der im politischen System Argentinien die Interessen der Provinzen vertritt. Auch hier gelang der Fernández-Fraktion und ihren Verbündeten mit 135 der 257 Sitze in der Abgeordnetenkammer und 38 der 72 Senatssitze ein eindeutiger Sieg. Das Kirchner-Lager verfügt damit über ein Quorum, das es ihm erlaubt, auch ohne die Anwesenheit der Opposition zu tagen und wichtige Entscheidungen zu treffen. Zudem gewannen die *kirchneristas* acht der neun Gouverneursposten, darunter den der mit Abstand bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires, wo der bisherige Gouverneur Daniel Scioli mit 55 Prozent Stimmenanteil bestätigt wurde. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode am 10. Dezember 2011 wird der *kirchnerismo* damit in insgesamt 20 der 24 argentinischen Gliedstaaten das Sagen haben. Mit diesem Wahlsieg ist es der Dynastie Kirchner – Fernández einmal mehr gelungen, ihre hegemoniale Position zu festigen und der in sich zerstrittenen Opposition, der es an charismatischen Führungsfiguren mangelt, eine demütigende Niederlage zu bereiten. Diese ist zumindest bis zur nächsten Teilerneuerung des Kongresses 2013 zu einer Statistenrolle verurteilt. Ihre möglichen Führungsfiguren, darunter der sozialistische Präsidentschaftskandidat Hermes Binner (17 Prozent), der nach dem Vorbild des brasilianischen Ex-Präsidenten Lula da Silva einen „dritten Weg“ propagiert, und der konservative Mauricio Macri, Bürgermeister von Buenos Aires, dürften es schwer haben, eine schlagkräftige Opposition zu bilden.

Der erneute Wahlerfolg der Präsidentin und ihrer peronistischen Fraktion kam nach dem klaren Votum bei den allgemeinen Vorwahlen vom

14. August 2011 für niemanden überraschend. Ihr Sieg drei Monate später war damit praktisch ausgemachte Sache und steht in einer langen Tradition. Zum Verständnis dieser Entwicklung lohnt ein kurzer Rückblick auf die vergangenen Jahre.

Der Weg aus der Krise: die Präsidentschaft Néstor Kirchners (2003-2007)

Seit der Rückkehr Argentinien zur Demokratie (1983) ist der *kirchnerismo* – manche sprechen seit dem Amtsantritt von Cristina Fernández de Kirchner im Dezember 2007 auch vom *fernandismo* jene politische Strömung, die in Wahlen die größte Unterstützung erfährt. Der Aufstieg dieser Koalition, die rechte und linke Peronisten vereint, datiert in die Zeit unmittelbar nach den Krisenmonaten um die Jahreswende 2001/02 und ist der Sehnsucht vieler Argentinier nach einer starken politischen Führung geschuldet. Davon profitierte in den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen 2003 zunächst der bis dato wenig bekannte, vom scheidenden Übergangspräsidenten Duhalde geförderte Peronist Néstor Kirchner, zuvor Gouverneur der Ölprovinz Santa Cruz im Süden Argentinien. Kirchner hatte im ersten Wahlgang hinter Ex-Präsident Carlos Menem mit ca. 22 Prozent der Stimmen nur den zweiten Platz belegt. Da sein parteiinterner Rivale jedoch aufgrund der schlechten Umfragewerte nicht zu einem zweiten Wahlgang antrat, fiel Kirchner automatisch das Präsidentenamt zu. Trotz geringer demokratischer Legitimation wurde Kirchner zur bestimmenden politischen Figur der kommenden Jahre, weil es ihm gelang, das durch die Systemkrise 2001/02 schwer angeschlagene Land wieder auf einen Wachstumspfad zurückzuführen. Ermöglicht hatten diese Entwicklung u.a. die für die argentinische Exportwirtschaft günstigen internationalen Rahmenbedingungen (hohe Rohstoffpreise, ein schwacher Dollar).

Nach Fehlstart kontinuierlich aufwärts: Fernández erste Präsidentschaft (2007-2011)

Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 überließ Kirchner für viele Beobachter überraschend seiner Frau Cristina Fernández de Kirchner den Vortritt bei einer Kandidatur. Sie war kein unbeschriebenes Blatt, sondern verfügte als ehemalige Abgeordnete in ihrer Heimatprovinz Santa Cruz und

spätere Abgeordnete und Senatorin auf nationaler Ebene über umfangreiche politische Erfahrungen. Mit ihr verbanden viele Argentinier die Hoffnung auf die Inangriffnahme von über Jahre verschleppten politischen Reformen, insbesondere der Parteien und des Wahlsystems, einen kooperativeren Führungsstil und eine aktivere sowie kohärentere Außenpolitik als während der Regierungszeit ihres Vorgängers — ihres Ehemannes Néstor Kirchner.

Bereits im ersten Wahlgang siegte Fernández mit 45 Prozent der Stimmen. Nach dem geltenden Wahlgesetz war damit ein zweiter Urnengang überflüssig. Die Hoffnungen der Argentinier auf einen Neuanfang wurden zunächst jedoch enttäuscht. Fernández legte einen Fehlstart hin. Über Monate verbiss sie sich mit dem bestens organisierten Agrarsektor in einen Konflikt über die Höhe der Exportsteuern, den sie schließlich Mitte 2008 dadurch verlor, dass Vizepräsident Julio Cobos ihr in der entscheidenden Abstimmung im Kongress über die Besteuerung der Agrarexporte die Gefolgschaft versagte.

Trotz einer Mehrheit des *kirchnerismo* in beiden Kammern wurden zudem die versprochenen politischen Reformen, die insgesamt auf eine Stärkung der demokratischen Institutionen und die soziale Inklusion benachteiligter Bevölkerungsschichten abzielten, nicht umgesetzt. Ausnahmen waren die (Wieder-)Verstaatlichung der Fluggesellschaft *Aerolineas Argentinas* und des Rentensystems. Auch die unter Néstor Kirchner sträflich vernachlässigte und ganz im Dienst der Innenpolitik stehende Außenpolitik ließ weiterhin eine klare Linie vermissen. Diese Defizite sowie das schlechte Management des Agrarkonfliktes und die aus durchsichtigen politischen Motiven von der Regierung verantwortete Manipulation der Inflationsraten trugen dazu bei, dass die Akzeptanz der Präsidentin bei den Wählern stetig schrumpfte (Juli 2008: 19 Prozent). Sie führten schließlich dazu, dass die Regierung bei den Zwischenwahlen 2009 ihre Kongressmehrheit verlor — die erste Wahlniederlage der Kirchners, bei der Néstor Kirchner als Spitzenkandidat für die Provinz Buenos Aires überdies von einem dissidenten Peronisten knapp besiegt worden war.

Zur Überraschung vieler gewann die Regierung jedoch nach ihrer Wahlniederlage rasch wieder die politische Initiative zurück und setzte eine Reihe von Reformen durch (Mediengesetz, gleichgeschlechtliche Ehen, allgemeines Kindergeld,

Lohn- und Rentenerhöhungen, Stärkung der Parteien, Einführung von Vorwahlen zur Bereinigung des diffusen Parteienspektrums). Dabei fungierte Néstor Kirchner, der 2008 die Präsidentschaft des Peronismus errungen hatte, auch weiterhin als maßgeblicher Strippenzieher im Hintergrund, der durch Lohnarrangements mit den Gewerkschaften und durch die Kooptation von Dissidenten dafür sorgte, dass die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Peronismus nicht das Regierungsbündnis gefährdeten. Das Kalkül des Ex-Präsidenten, bei den Wahlen 2011 erneut anzutreten und damit die „dynastische Erbfolge“ zu sichern, wurde jedoch mit seinem überraschenden Tod am 27. Oktober 2010 Makulatur.

Nur eine Minderheit räumte Cristina Fernández nach dem Tod ihres Gatten ernsthafte Chancen auf eine erneute Kandidatur ein. Dies sollte sich jedoch schnell ändern. Bereits einen Monat nach dem Ableben ihres Ehemannes erreichte die Popularität der Präsidentin wieder 55 Prozent. Die Figur und Präsidentschaft Néstor Kirchners war systematisch zum Mythos überhöht worden, ein Trend, den seine seither in Schwarz gekleidete und öffentlich immer wieder in Tränen ausbrechende Gattin geschickt zu nutzen verstand, und der in diesen Tagen mit der Eröffnung eines Mausoleums zum Gedenken an den Ex-Präsidenten in seiner Heimatstadt Rio Gallegos einen Höhepunkt erreichte. Die Betroffenheit großer Teile der Bevölkerung vom plötzlichen Tod Kirchners geschickt aufgreifend, verstand es Frau Fernández, sich als trauernde Witwe und Sachwalterin des politischen Vermächnisses ihres Gatten höchst medienwirksam zu inszenieren und ihre Anhänger wie die Öffentlichkeit über Monate im Unklaren über eine erneute Präsidentschaftskandidatur zu lassen. Während die Medien über die politischen Ambitionen der Präsidentin spekulierten und die oppositionellen Kräfte innerhalb wie jenseits des Peronismus sich in einem ermüdenden Kleinkrieg des „Wer mit wem“ frühzeitig verbrannten und den Bürgern dabei ein Bild der Zerrissenheit und programmatischen Dürftigkeit vermittelten, profitierte die Regierung von einem — trotz der internationalen Finanzkrise — weiterhin nahezu ungebrochenen Wirtschaftswachstum zwischen sieben und acht Prozent, dem Rückgang der Armuts- und Arbeitslosenraten, einer dank höherer Löhne gestiegenen Konsumfreude und der wachsenden Beliebtheit des Landes als touristisches Ziel.

Die Vorwahlen am 14. August 2011: Die Fronten klären sich

Buchstäblich in letzter Minute gab Cristina Fernández schließlich im Juni 2011 ihre erneute Präsidentschaftskandidatur bekannt. Am 14. August 2011 kam es zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte zu „offenen, simultanen und obligatorischen“ Vorwahlen. Grundlage war ein von Regierungsseite initiiertes und im Dezember 2009 verabschiedetes Gesetz, das die demokratischen Institutionen insgesamt, insbesondere die etablierten Parteien stärken und der seit der Systemkrise 2001/02 extrem fragmentierten Parteienlandschaft entgegenarbeiten sollte. Mit der Hälfte der Stimmen konnte die Amtsinhaberin bei den Vorwahlen mehr als doppelt so viele Wähler auf sich vereinen wie der Zweit- und Drittplatzierte mit jeweils ca. 12 Prozent. Damit waren nicht nur die Konkurrenten des fragmentierten Oppositionslagers — wie der Sohn des verstorbenen Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín, Ricardo Alfonsín von der Radikalen Bürgerunion (*Unión Cívica Radical, UCR*) — klar aus dem Feld geschlagen, sondern auch die Vorherrschaft der Peronisten einmal mehr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die drei peronistischen Kandidaten allein — neben Fernández hatten sich auch ihr größter innerperonistischer Rivale, Ex-Präsident Eduardo Duhalde (2002-2003), sowie der Gouverneur der Provinz San Luis, Alberto Rodríguez Sáa, den Vorwahlen gestellt —, konnten mehr als 70 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Angesichts dieser eindeutigen und für die Opposition innerhalb und außerhalb des Peronismus blamablen Vorentscheidung kam es den unterlegenen Oppositionspolitikern nur noch darauf an, ihre Kräfte auf die parallel zur Präsidentschaftswahl stattfindenden Kongresswahlen zu konzentrieren, um zumindest hier ein vergleichbares Wahldesaster zu vermeiden.

Wahlkampf ohne Wahlkampf

Angesichts des enormen Vorsprungs der Präsidentin und ihres politischen Anhangs in den Vorwahlen war es nicht überraschend, dass der eigentliche Wahlkampf der folgenden Wochen adrenalinarms und ohne politische Höhepunkte verlief. Das sich im Vorfeld um zwei Fraktionen gruppierende Oppositionslager mit nicht weniger als sechs Präsidentschaftskandidaten zerfiel nach

den Vorwahlen rasch — ein Ergebnis persönlicher Rivalitäten und wechselseitiger Verdächtigungen, die jegliche Art von Koalitionsbildung verhinderten, sowie eines politischen Diskurses, der weniger die Amtsinhaberin als immer wieder den politischen Gegner im Oppositionslager attackierte. Demgegenüber setzte die Amtsinhaberin ganz auf den Dialog mit „dem Volk“, spielte geschickt auf der Klaviatur der Emotionen und nationalen Symbole und beschwor die Fortsetzung des bereits unter ihrem Gatten initiierten Modells — dem eines „neuen Argentinien“ mit hohem Wachstum und sozialer Inklusion. Cristina Fernández schloss ihre Wahlkampagne, ohne auch nur ein einziges Interview gegeben oder sich einer Fernsehdebatte gestellt zu haben. Sie konzentrierte sich vielmehr nach altem peronistischen Rezept voll auf das Stilmittel der direkten Ansprache an das Volk. Einziges polemische Thema war am Ende die von den führenden oppositionellen Medien (*El Clarín* und *La Nación*) lancierte Frage einer künftigen Verfassungsänderung, die Cristina Fernández 2015 eine erneute Wiederwahl erlauben würde, eine Spekulation, die von Regierungsseite verständlicherweise umgehend dementiert wurde.

Ein Sieg mit vielen Vätern

Fragt man nach den „Vätern“ des erneuten Sieges des Peronismus, dem dritten der Kirchner-„Dynastie“, so sind vor allem fünf Faktoren auszumachen.

1. Zuallererst sind die auch von regierungskritischer Seite und den internationalen Entwicklungsagenturen eingeräumten, unbestrittenen ökonomischen Erfolge der Regierungen Kirchner und Fernández zu nennen. Der wirtschaftliche Aufschwung, der zu großen Teilen auf der Nachfrage Chinas und Indiens nach Agrarprodukten und derjenigen Brasiliens nach Fertigwaren beruhte, war ein Plädoyer für Kontinuität, nicht jedoch für einen von der Opposition reklamierten Wechsel. Seit 2003/04 wuchs die argentinische Wirtschaft kontinuierlich zwischen sieben und neun Prozent, eine Entwicklung, die durch die internationale Finanzkrise 2008/09 zwar konjunkturell abgeschwächt, aber nicht substantiell verlangsamt wurde. Im Geleitzug des hohen Wachstums, das neben dem Export zunehmend auch dem Inlandskonsum geschuldet war, ging die Arbeitslosigkeit zu-

rück – nach Angaben des IWF weist das Land innerhalb Lateinamerikas mit einer Quote von unter 10 Prozent die geringste Arbeitslosigkeit auf –, und die Armut sank auf das Vorkrisenniveau. Gleichzeitig kam es zu Rentenerhöhungen und dank des Schulterschlusses zwischen der Regierung und einem Großteil der Gewerkschaften zu Einkommenszuwächsen, die sich in einem erhöhten Konsum vor allem der Mittelschicht niederschlugen und damit jenes Bevölkerungssegments, das durch den wirtschaftlichen Kollaps 2001/02 die stärksten Einbußen erfahren hatte. Im Infrastrukturbereich sorgten insbesondere die Sanierung und Ausdehnung der Wasser- und Abwasser Versorgung auf den gesamten Großraum Buenos Aires und die medienwirksam inszenierte Einweihung zahlreicher Schulen und Krankenhäuser durch die Präsidentin für positive Schlagzeilen. Das ungebrochene Wachstum und sein Niederschlag in den Einkommen vieler Bürger erklärt auch den Triumph der Fernández-Fraktion in den Provinzen. Die Einkommenszuwächse werden allerdings durch die hohe Inflation – seriösen Berechnungen zufolge beträgt sie zwischen 20 und 27 Prozent (offiziell liegt sie schöngerechnet bei lediglich ca. 10 Prozent), bei Grundnahrungsmitteln jedoch zum Teil erheblich darüber – weitgehend aufgeessen, wovon vor allem die unteren sozialen Schichten und Rentner überproportional betroffen werden. Auf das Wahlergebnis wirkte sich dieser Sachverhalt jedoch offensichtlich nicht aus. Angesichts der guten Konjunktur ist es auch kein Zufall, dass der bisherige Wirtschaftsminister Amando Boudou, der in seiner Freizeit als Rockmusiker auftritt, in der neuen Regierung als Vize-Präsident vorgesehen ist.

2. Ein zweiter, mit der guten wirtschaftlichen Konjunktur eng verbundener Grund für den Erfolg des *fernandismo* ist die Implementierung einer Reihe von Sozialprogrammen, darunter das Programm für werdende Mütter und Väter (*Jefas y Jefes de Hogar*), ein universell gewährtes Kindergeld (*Asignación Universal por Hijo*), die breit gestreute Verteilung von Notebooks an Sekundarschulen, das Beschäftigungsprogramm „Argentinien arbeitet“ (*Argentina Trabaja*) oder die sehr populäre Initiative „Fußball für alle“ (*Futbol para Todos*). Unter den beiden Kirchners wurden die Sozial-

ausgaben verdreifacht, die Pensionen und die Unterstützung für werdende Mütter erhöht sowie die Mindestlöhne um 25 Prozent angehoben. Die Mittel stammten u.a. aus den 23 Mrd. USD schweren Erlösen im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der bislang privaten Pensionskassen. Der Imageverbesserung als progressive Regierung diente zudem ein Gesetz, das gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt. Ein Gesetzentwurf, der die Straffreiheit von Abtreibungen regeln soll und noch der Zustimmung des Kongresses bedarf, stößt hingegen bei der Präsidentin auf wenig Gegenliebe.

3. Einer der besten Wahlhelfer der Peronisten war paradoxerweise die Opposition, die sich in den Monaten vor den Wahlen in einem selbstmörderischen Kleinkrieg zermürbte. Weder war es ihr gelungen, auf die Bedürfnisse und Sorgen der Bürger einzugehen, noch überzeugende politische Alternativen zur Regierungspolitik zu präsentieren oder ihre Kräfte durch Koalitionen zu bündeln. UCR-Chef Alfonsín verprellte seinen potentiellen Verbündeten, den Sozialisten Hermes Binner von der „Breiten Fortschrittsfront“ (*Frente Amplio Progresista*). Gouverneur Rodríguez Saá von der innerperonistischen Opposition (*Convergencia Federal*) legte sich gar mit allen an, ebenso wie Elisa Carrió von der „Bürgerkoalition“ (*Coalición Cívica*). Carrió hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2007 noch an zweiter Stelle gelegen, verlor nun aber 80 Prozent ihrer Anhänger und landete unter den am Ende sieben Präsidentschaftskandidaten mit kaum zwei Prozent der Stimmen weit abgeschlagen an letzter Stelle. Ihr politisches Schicksal dürfte ebenso besiegelt sein wie das von Ex-Präsident Eduardo Duhalde von der konservativen Fraktion des Peronismus (*Peronismo Dissidente*), der mit knapp sechs Prozent nur an fünfter Stelle der Wählerpräferenzen landete.
4. Ein vierter Erklärungsfaktor für den Sieg der bisherigen Präsidentin ist ihr politischer Stil und ihre Strategie des Machterhalts. Im Unterschied zu ihrem Mann, der einen autoritären und wenig kommunikativen Stil mit seinem politischen Umfeld pflegte, wichtige Posten jedoch pragmatisch aushandelte, spielt Fernández ihre auch die Gefühlsdimension ganz einbeziehende rhetorische Begabung voll aus. Sie versorgt Personen und Gruppen aus einer von

ihrem Sohn geführten Organisation junger *kirchneristas* (*La Cámpora*) mit politischen Posten, während sie Vertreter des konservativen peronistischen Flügels auf Distanz hält. Auf große Resonanz bei den unteren Schichten und der weiblichen Arbeiterschaft, aber auch bei Teilen der Mittelschicht sowie einem Großteil der Intellektuellen und Künstler stößt Fernández insbesondere mit ihrer gleichermaßen assistentialistischen wie dirigistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit ihrer proaktiven Menschenrechtspolitik sowie mit der staatlichen Förderung von Kunst, Wissenschaft und Kultur. Auch unter der Unternehmerschaft, insbesondere im Bergbau- und Energiesektor, genießt die Präsidentin dank großzügiger Steuerbefreiungen und Subventionen wachsende Sympathie. Selbst in der Hauptstadt Buenos Aires, lange Jahre eine Hochburg des Radikalismus (UCR), sind nach einer Umfrage vom September 2011 fast zwei von drei Argentinern (64 Prozent) mit der Amtsführung der Präsidentin zufrieden; nur 14 Prozent zeigten sich unzufrieden.¹ Mit ihrem Vorgänger Néstor Kirchner teilt sie dessen Abneigung gegen Kabinettsitzungen und die Presse, der sie eine einseitige und die Fakten verfälschende Berichterstattung vorwirft. Nicht zu unterschätzen ist schließlich das persönliche Charisma der Präsidentin, die als Witwe und politische Testamentsvollstreckerin ihres Gatten sowie als Kämpferin für nationale Unabhängigkeit und Einheit, für eine florierende Wirtschaft mit sozialer Inklusion und für ein „anderes Argentinien“ – was immer das auch heißen mag – in weiten Teilen der Bevölkerung hohe Sympathiewerte genießt.

5. Ein fünfter Grund hat schließlich mit dem geltenden Wahlsystem zu tun. Danach erfolgt die Stimmabgabe auf einem einzigen, nach Parteien differenzierten Wahlzettel. Auf ihm werden sowohl der jeweilige Präsidentschaftskandidat als auch die Kandidaten für den Kongress, den Gouverneursposten sowie die lokalen Autoritäten aufgeführt. Der Wähler kann zwar zwischen den verschiedenen Kategorien differenzieren bzw. sie kombinieren. Dies geschieht erfahrungsgemäß jedoch – aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit – nur in den sel-

tensten Fällen mit dem Ergebnis, dass mit der Wahl der Präsidentschaftskandidatin/des Präsidentschaftskandidaten häufig auch die anderen Kandidaten dieser Parteiströmung mitgewählt werden.

Weiterhin Fehlanzeige: eine tragfähige und wettbewerbsorientierte Entwicklung Argentinens

Trotz der insgesamt positiven und von der Mehrzahl der Beobachter auch als beachtliche Leistung eingestuften Wirtschaftsentwicklung Argentinens seit der Staatspleite von 2001/02 ist das Urteil über die Entwicklungsperspektiven des Lande am Río de la Plata keineswegs einheitlich. Skeptische Stimmen verweisen vor allem auf die politische Kultur des Landes, die von einem extremen Individualismus und Personalismus gekennzeichnet ist, auf die enorme Machtballung in der Hand des Peronismus und hier insbesondere des *kirchnerismo*, die Schwäche der Opposition, das Fehlen eines nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklungsmodells, die nach wie vor hohe Außenverwundbarkeit und die Eintrübung der internationalen Konjunktur. Der Ruf der aufgebrachten Bürger Ende 2001 auf dem Höhepunkt der Systemkrise „Alle (Politiker) sollen verschwinden!“ (*Que se vayan todos!*), ist zwar bereits seit der ersten Regierung Kirchner (2003-2007) verstummt. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit dürfte das politische Spiel jedoch auch in Zukunft personalistisch und populistisch bleiben und sich mehr auf persönliche Loyalität und klientelistische Netzwerke als auf starke und repräsentative Institutionen und von den Akteuren verinnerlichte Verfassungsregeln stützen. Der plötzliche Tod Néstor Kirchners im Oktober 2010, bis dahin die unbestrittene politische Führungsfigur, führte auf der einen Seite zu einem Popularitätsschub seiner Ehefrau und Nachfolgerin im Präsidentenamt als auch des Peronismus insgesamt. Andererseits provozierte er die am politischen Prozess Beteiligten zu taktischen Machtspielen, sei es, um die einmal erreichte Hegemonie aufrechtzuerhalten oder um neue Ad-hoc-Koalitionen zu bilden mit dem Ziel, die Wiederwahl der amtierenden Präsidentin Cristina Fernández zu stützen oder sie zu verhindern. Innovative Lernprozesse der politischen Elite sind auch zehn Jahre nach der Systemkrise von 2001/02 lediglich ansatzweise in Sicht. Insbesondere der Versuch einer Bündelung der oppo-

¹ Online: <www.infolatam.com/2011/10/24/argentina_la_fuerza_del_liderazgo_del_CFK> (07.11.2011).

sitionellen Kräfte endete, wie die letzten Monate zeigten, bevor er ernsthaft begann.

In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es der alten und neuen Präsidentin gelingt, die gute wirtschaftliche Konjunktur für eine langfristig tragfähige und international wettbewerbsfähige Entwicklung zu nutzen. Angesichts der bisherigen, institutionell wenig gefestigten Entwicklung des Landes und sich mehrender Alarmzeichen in der heimischen Wirtschaft (galoppierende Inflation, schrumpfender Haushaltsüberschuss und Rückgang der Devisenreserven, eine geringe Sparrate bei anhaltender hoher Kapitalflucht sowie eine ungelöste Energiekrise) wie im internationalen Kontext (internationale Finanzkrise, Abwertung des Real im Nachbarland Brasilien, sinkende Rohstoffpreise) sind Zweifel angebracht. Der *run* auf den Dollar ist ebenso ungebremsst wie die massive, seit Jahresbeginn erheblich gestiegene Kapitalflucht. Die ausländischen Direktinvestitionen gingen seit Anfang 2011 um 30 Prozent zurück. Die Zusammenarbeit zwischen Produktivsektor, nationaler und lokalen Regierungen und der Wissenschaft ist, verglichen mit anderen *emerging countries*, noch unterentwickelt. Das Festhalten an den komparativen Vorteilen eines einseitig ressourcengestützten Entwicklungsweges muss in einer globalisierten Welt mittel- und langfristig in eine Sackgasse führen. Offen ist schließlich auch, ob das hochgradig fragmentierte Parteiensystem mit dem Hegemoniestatus des gleichfalls nicht minder fragmentierten Peronismus erhalten bleibt – wofür einiges spricht – oder sich auf mittlere Sicht ein moderates Mehrparteiensystem mit der Chance für Koalitionsregierungen herausbildet oder – ein drittes Szenario – der Fragmentierungs- und Auflösungsprozess des Parteiensystems weiter anhält. Klientelistische Netzwerke und persönliche Rivalitäten sind nach wie vor das Schmieröl der argentinischen Politik. Die Beziehung zwischen den Parteieliten und der argentinischen Gesellschaft bleibt problematisch. Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und in ihr Funktionieren ist in den Jahren nach der Krise nur in geringem Umfang gewachsen – trotz der nach wie vor hohen Zustimmungsraten der Argentinier zur Demokratie als System. Über dieses Akzeptanzdefizit können auch die hohen Umfragewerte für die Präsidentin, bei denen neben der Anerkennung für ihre unbestreitbaren politischen Leistungen auch ein

hohes Maß an Emotionalität mitschwingt, nicht hinwegtäuschen.

Wie die Erfahrung lehrt, sind Krise und institutionelle Schwäche zwei sich wechselseitig verstärkende Phänomene. Kritische Beobachter sehen in diesem Zwillingsspaar den Kern der „argentinischen Krankheit“. Eine der vordringlichsten Herausforderungen ist eine öffentlich geführte Debatte zwischen der politischen Klasse, Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschafts-*Community* über die Zukunft des Landes und eine ausgewogene Strategie für eine wettbewerbs- und tragfähige Entwicklung. Bis heute fehlt eine derartige Debatte. Das Land laviert zwischen Autarkieträumen, überholten Vorstellungen nationaler Souveränität in einem globalisierten Umfeld und noch zaghaften Ansätzen in Richtung einer höheren Wettbewerbsfähigkeit und aktiven Integration in den Weltmarkt. Auch die sozial und ökologisch fatalen Folgen des installierten Agrarmodells mit der Spezialisierung auf den genveränderten Sojaanbau sind bislang kein die Politikerkaste und die Mehrheit der Bevölkerung beunruhigendes Thema.

Die neue Regierung hat einmal mehr die Chance – gestützt auf ihre Dominanz in beiden Kammern – diesbezüglich politische Akzente zu setzen, die bislang geltenden Not- und Dringlichkeitsdekrete (*leyes de necesidad y urgencia*) abzuschaffen und basierend auf ihren Mehrheiten im Parlament und den Provinzen und den noch immer mehrheitlich positiven Wirtschaftsdaten die strukturellen Herausforderungen beherzt anzugehen. Dass sie dies tut, ist allerdings angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre keineswegs ausgemacht.

■ Der Autor

Prof. Dr. Klaus Bodemer, Politikwissenschaftler, war von 1996-2006 Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Seitdem ist er Senior Research Fellow am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: <bodemer@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/bodemer>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

GIGA-Wissenschaftler analysieren das demokratische Argentinien v.a. innerhalb des Forschungsschwerpunktes 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ mit Grundlagenarbeiten zur Fiskal-, Justiz-, Sicherheits- und Steuerpolitik. Das Land ist zudem Gegenstand von Forschungen zu den Außenpolitiken lateinamerikanischer Sekundärmächte, die im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ verankert sind.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bodemer, Klaus (2007), *Von Kirchner zu Kirchner: Argentinien nach den Wahlen*, GIGA Focus Lateinamerika, 11, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Dewey, Matías (2011), *Fragile States, Robust Structures: Illegal Police Protection in Buenos Aires*, GIGA Working Papers, 169, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Gervasoni, Carlos (2010), *Measuring Variance in Subnational Regimes: Results from an Expert-Based Operationalization of Democracy in the Argentine Provinces*, in: *Journal of Politics in Latin America*, 2, 2, 13-52.

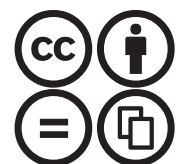
Gordin, Jorge (2007), *Patronage-Preserving Federalism? Legislative Malapportionment and Subnational Fiscal Policies in Argentina*, GIGA Working Papers, 52, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Llanos, Mariana, und Constanza Figueroa Schibber (2007), *Prestando acuerdo: El Senado frente a los nombramientos del Poder Judicial en la Argentina democrática (1983-2006)*, GIGA Working Papers, 54, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Soest, Christian von, Karsten Bechle und Nina Korte (2011), *How Neopatrimonialism Affects Tax Administration: A Comparative Study of Three World Regions*, GIGA Working Papers, 172, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM